

RHEIN-SIEG JOURNAL

Senioren Union

Ausgabe Januar 2021



Liebe Mitglieder der Senioren-Union,

das Jahr 2020 neigt sich dem Ende zu. Keine Frage – es ist ein ungewöhnliches und in Wahrheit ein schwieriges Jahr gewesen. Das Corona-Virus ist bedrohlich, besonders für die ältere Generation. Die vielfältigen und rasch wechselnden Beschränkungen für das tägliche Leben und die emotionalen Folgen der Kontaktregeln sind, insbesondere für Alleinlebende, schwer erträglich.

Mit dem bald beginnenden neuen Jahr 2021 verbinden wir zwei Hoffnungen.

Erstens arbeiten wir gemeinsam daran, die Bedrohung durch das Corona-Virus zurückzudrängen. Mehr Wissen über das Virus, neue Medikamente, diszipliniertes Verhalten im Alltag und Geduld werden dabei entscheidend sein. Es bleibt fundamental wichtig, dass wir uns der Grundregeln unserer Gesellschaft bewusst bleiben. Gerade wir als lebenserfahrene Generation in der CDU Senioren-Union müssen jetzt Beispiel geben.

Und wir müssen akzeptieren, dass Gesundheit kein absolut höchstes Vorrecht vor allen anderen Rechten ist. Darauf hat Bundestagspräsident Schäuble schon im Frühjahr hingewiesen.

Deshalb geht es zweitens darum, die erdrückende Dominanz des Themas Corona-Krise zu brechen. Die Krise führt zu einer Verstärkung des "Präsentismus" in der Politik, also einer extremen Konzentration des Konzeptes "auf Sicht fahren", auf das, was wir von Woche zu Woche ändern. Wir müssen den Blick wieder auf den Horizont heben, zum Beispiel:

- Wie werden wir damit umgehen, dass ein immer größerer Teil der Wertschöpfung durch Technik und Kapi-

tal erwirtschaftet wird? Was bedeutet das für die Einkommen und Renten, die Menschen aus ihrer Erwerbstätigkeit erwirtschaften?

- Welche Folgen hat der demografische Wandel für Mobilität, Wohnen, Nahversorgung – Fragen, die gerade auch an Rhein und Sieg immer wichtiger werden?
- Wie bereiten wir uns darauf vor, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung in Asien und Afrika den "Wohlstands-Vorsprung" des Westens rasant einholt, eigene Vorstellungen von Zusammenarbeit und Konfliktlösung vorzubringt und zunehmend durchzusetzen?
- Wie verbinden wir in internationaler Zusammenarbeit Ökologie und Ökonomie, ohne uns in kosten- und folgenreichen Einzelentscheidungen gegen Kernkraft, Kohle, Autos, Plastik, Fleisch etc. zu verlieren?

Doch genug Politik. Über den Winter hinweg werden sich Ihre örtlichen Vorstände der Senioren-Union sich etwas einfallen lassen, um mit Ihnen in Kontakt zu bleiben. Das muss keine Einbahnstraße sein: rufen Sie doch einfach Ihre Vorstandsmitglieder und andere Mitglieder der Senioren-Union an. Reden Sie miteinander, wünschen Sie sich frohe Festtage, verabreden Sie sich – wenn es wieder zulässig ist – auf eine Tasse Kaffee oder ein Glas Wein und fragen Sie um Rat und Hilfe, wenn Sie es brauchen.

Ganz besonders möchte ich auch Ihnen allen ans Herz legen, sich mit den immer nutzerfreundlicheren Technologien wie WhatsApp, Facebook, Skype, Zoom usw. vertraut zu machen. Junge Leute, auch Kinder und Enkel, können Ihnen dabei helfen. Sie tun es im Zweifel gerne, weil auch sie dadurch mit Ihnen Kontakt halten können.

Für die Adventszeit, das Weihnachtsfest und für das kommende neue Jahr 2021 wünsche ich Ihnen schon jetzt alles Gute.

Bleiben Sie gesund und optimistisch.

Ich grüße Sie herzlich

Prof. Dr. Rolf D. Cremer, Vorsitzender der Senioren-Union Rhein Sieg

Karl-Josef Laumann in Bad Honnef

Auf der Höhe des NRW Kommunalwahlkampfes 2020 luden die Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg gemeinsam mit dem Kreisverband der CDU den Minister für Gesundheit, Arbeit und Soziales, Karl-Josef Laumann, am 24. August 2020 nach Bad Honnef ein.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag des Ministers zum Thema "Und jetzt? Eine Zwischenbilanz der Corona-Pandemie". In einem spannenden Vortrag schilderte Laumann mit vielen Rückgriffen auf seine Begegnungen und Einsichten aus den vergangenen Monaten die ersten Tage der unbekannt bedrohungslage, die Realisierung mangelhafter Vorbereitung auf eine Pandemie, die ad-hoc Maßnahmen, Optionen und Grenzen politischen Handelns. Besonders beeindruckend und überzeugend für die fast siebzig Anwesenden im Festsaal der Hohenhonnef GmbH in Bad Honnef waren die positiven Verbindungen, die Laumann zwischen unserem christlichen Menschenbild der CDU und dem föderalen, demokratischen System in der Krisenbewältigung zog.

Eindringlich mahnte Laumann an, die grundlegende Rolle der Familie für Freiheit und Verantwortung in unserer Gesellschaft wieder zu erkennen. Die Pandemie habe gezeigt, dass der Staat sich u.U. durch abrupte Schließung von Institutionen, etwa Schulen, Kitas, Altenheimen aus der Verantwortung verabschieden könne und müsse, und dann nur die Familie als Kernzelle von Verantwortung bliebe. Nicht minder leidenschaftlich forderte Laumann, Maskenpflicht und Abstand als Verantwortung jedes Einzelnen für sich selbst und für das Ganze zu begreifen - und nicht als Eingriff in vermeintlich absolute Freiheitsrechte anzuprangern.



Karl-Josef Laumann in Bad Honnef

Die Veranstaltung war durch Grußworte der gastgebenden Hohenhonnef GmbH, Frau Sylvia Prechtel, der CDU Kreis-Vorsitzenden Elisabeth Winkelmeyer-Becker, des Landrats Sebastian Schuster, und des Bad Honnefer Bürgermeisters Otto Neuhoff eröffnet worden. Moderation, Diskussionsleitung und Schlusswort teilten sich der Vorsitzende der Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg, Prof. Dr. Rolf D. Cremer und der Mitgliederbeauftragte des CDU Kreis-Vorstands, Jonathan Grunwald.

Prof. Dr. Rolf D. Cremer, Vorsitzender der Senioren-Union Rhein Sieg

Ehrfurcht vor dem Leben? Ethische und politische Aspekte der Tiermast

In der Tiermast läuft unter ethischen Aspekten einiges schief. Gerade für eine Partei, die den Begriff "christlich" im Namen trägt, sind die gegenwärtigen Produktionsmethoden nicht akzeptabel. Wir verraten unser christliches Bild des Lebens, wenn wir nicht mehr Druck machen.



Annette Eichendorf, Stellvertretende Vorsitzende der Senioren-Union Rhein-Sieg

Es ist wichtig, sich die Dimension dieses Problems zu vergegenwärtigen. Und es ist wichtig, wenigstens einige Grundprozesse am Beispiel der Schweinemast und -zucht zu kennen.

Deutschland ist der weltweit viertgrößte Schweinemäster, 2017 waren es 27,6 Millionen Tiere; mit hohem Energieaufwand und Futterimporten aus Übersee werden in der Massentierhaltung gewaltige Überschüsse erzielt, um sie auf dem Weltmarkt anzubieten. In Schlachtbetrieb Tönnies werden jeden Tag 25.000 Schweine geschlachtet - ein Schwein alle drei Sekunden, rund um die Uhr.

Wir alle sehen die schaurigen, schwer zu ertragenden Bilder in den Medien aus Mastanstalten. Jeder, der sich die Bilder ansieht, spürt instinktiv, dass das nicht richtig sein kann.

Die vorrangige Sicht des Schweins als Sache und Produkt ist das Grundproblem. Diese Sicht lenkt die Aufmerksamkeit auf kostengünstige Produktion, welche wiederum als Voraussetzung dafür gesehen wird, Fleisch zu billigsten Preisen anzubieten und auf den Weltmärkten erfolgreich zu sein.

Die meisten Schweine in Deutschland (70%) werden in Ställen mit über 1.000 Tieren gemästet. Es gibt sogar Maststätten mit 80.000 Tieren in Ställen, die 10 Stockwerke hoch sind. Das bedeutet gut steuerbare Abläufe für hohe Stückzahlen, wo immer möglich computergestützte Fütterung. Um das Ausmisten zu vereinfachen, fällt der Mist der Tiere durch die Spaltböden und die Tiere atmen die Ammoniak-Ausdünstungen ihres eigenen Mistes ein. Krankheiten sind die Folge. Köche erkennen am Geruch, ob ein Schwein ordentlich artgerecht gehalten wurde oder aus solchen Massen-Produktionsstätten stammt.

Ein Schwein muss nach gesetzlichem Mindeststandard mindestens 0,75qm Platz haben. In der höchsten Stufe des Tierwohllabels 1,5qm davon 0,5 qm Auslauf. Für ein

„Bioschwein“ bis 110 Kilo sind 1,3qm Stallfläche und 1 qm Auslauf vorgeschrieben, über 110 Kilo müssen mindestens 1,5 qm Stallfläche und 1,2 qm Auslauf pro Schwein zur Verfügung stehen. Nach einem halben Jahr ist die Schlachtreife von 110 – 120 Kilo erreicht; die ganze Zeit muss sich ein 2-Zentner-Koloss mit diesem Platzangebot - etwa die Größe eines Esstischs - begnügen.

Und wie werden die Ferkel „produziert“?

In Kastenständen (60cm x 200cm) werden die Zuchtsauen zum Zeitpunkt der Besamung gezwängt und verbleiben dort rund einen Monat. Während dieser Zeit können sich die Sauen nicht umdrehen und auch nicht in Seitenlage ausgestreckt hinlegen. Man stelle sich vor, einen Hund oder Katze solange in einer Transportbox zu halten, die viel zu klein ist und das Tier sich nicht einmal drehen kann. Kein ordentlicher Hundezüchter bekäme nicht nur keine Erlaubnis so seine Tiere zu halten, er würde wegen Tierquälerei angezeigt. Warum machen wir den Unterschied zwischen Haustieren und Nutztieren? Haustiere, denen wir alles möglich Gute angedeihen lassen und Nutztiere werden schändlich unter Missachtung der Schöpfung wie Sachen behandelt. Zuchtsauen verbringen einen großen Teil ihrer Lebenszeit in diesen engen Metall-Käfigen.



Aufgereimte Schweine in einer Mastanstalt

Die Bundesregierung hat neue Regeln für die Haltung von Schweinen in Kastenständen aufgestellt. Sie sollen etwas größer werden und die Zeit in den Gattern aus Stahlstangen soll deutlich sinken: von vier auf eine Woche im Deckzentrum und von 35 Tagen auf höchstens fünf Tage im Abferkelbereich. Aber warum mit einer Übergangsfrist von acht (!) Jahren? Insgesamt ist eine Verbesserung bis 2040 (!) angekündigt (!)

Die Produktionsbedingungen in der Schweinemast müssen dringend geändert werden. Das Schwein ist ein hochentwickeltes Säugetier und fühlt Schmerzen. Würde es jammern, merken wir, was den Tieren angetan wird. Es ist absurd, anzunehmen, dass die Tiere nicht leiden, nicht terrorisiert sind und nicht den Horror der Tiertransporte und Schlachthöfe in irgendeiner Weise begreifen.

Ist es nicht befremdend, wenn Konsumenten nicht zögern 500 oder 1000 Euro für einen Grill auszugeben

dann aber für ein Schnitzel oder Bratwürste lächerliche Preise erwarten. Aber es ist nicht ausreichend, zu erwarten, dass Konsumenten durch steigende Bereitschaft für Qualität und Tierwohl höhere Preise bezahlen. Das kann und wird passieren, wie auch im ein oder anderen Bereich schon geschehen, aber es wird nicht viel bewirken.

Wir müssen die Produktionsbedingungen gesetzlich ändern. Nur dann werden wir eine artgerechte Haltung Schritt-für-Schritt erreichen, von Gülle verseuchte Böden vermeiden, Entstehung von Antibiotika-Resistenzen und Abholzung des Regenwaldes auch für Schweinefutter stoppen. Und nur dann werden wir auch erreichen, dass nicht Arbeiter aus Südosteuropa unter unsäglichen Arbeits- und Wohnbedingungen Schwerstarbeit leisten.

Müssen nicht gerade wir als eine Vereinigung einer sich christlich nennenden Partei, die zur Wahrung der Schöpfung verpflichtet ist, hier das Wort ergreifen?

"Jede Verlängerung der Kastenstandhaltung verstößt gegen das Grundgesetz", erklärte die Organisation Foodwatch. In anderen europäischen Ländern ist diese Kasten-Haltung längst verboten oder auf wenige Tage oder Aktionen (z.B. Untersuchung vom Tierarzt) beschränkt. Im Entwurf des Grundsatzprogrammes der CDU steht: „Wir fördern den Tierschutz. Schweine, Rinder und Geflügel sollen artgerecht gehalten werden – das gilt für die ökologische wie für die konventionelle Landwirtschaft.“ Und an anderer Stelle: „Unser Leitbild ist die bäuerliche Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, umweltfreundlich wirtschaftet und gut mit den Tieren umgeht.“

Packen wir es an! Fordern wir es ein!

Annette Eichendorf, Stellvertretende. Vorsitzende der Senioren-Union Rhein-Sieg

Die Zukunft der Renten: Fakten und Irreführendes

Unsere Sozialversicherungssysteme stehen vor gewaltigen Herausforderungen, deren langfristige Dimensionen oft nicht sichtbar gemacht werden. An der gesetzlichen Rentenversicherung lässt sich das gut demonstrieren:



Loring Sittler. Berater und Vortragsredner, 2008 bis 2016 Leiter des Generali Zukunftsfonds

Bis 2030 werden in Deutschland 3,1 Millionen mehr Personen im Rentenalter leben als heute - und nach allem, was Fachleute schätzen, werden diese Personen auch noch eine längere Rentenbezugsdauer aufweisen. Blendet man Zuwanderung und steigende Erwerbsquoten aus, um den demografischen Einfluss isoliert zu betrachten, ginge das Erwerbspersonenpotenzial zwischen 2015 und 2030 um 6 Mio. Arbeitskräfte zurück; danach bis 2060 um weitere 12 Mio. Personen. Dieser Rückgang hängt auch damit zusammen, dass wir weltweit eine der niedrigsten Geburtenzahlen haben. Die Digitalisierung wird darüber hinaus eine erhebliche Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze kosten.

Gleichzeitig sind wir meilenweit von einer Lösung der wachsenden Altersarmut entfernt, insbesondere bei Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit wegen Kinderziehung und häuslicher Pflege unterbrechen oder ganz beenden und zusätzlich wegen geringer Entlohnung ohnehin schon winzige Rentenansprüche haben.

Berücksichtigt man dagegen eine realistische Zu- und Einwanderung und deren mögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt in Höhe von 200.000 Personen pro Jahr sowie eine erhöhte Erwerbstätigkeit (insbesondere der Frauen und der älteren Personen), könnten diese Effekte zumindest teilweise gemildert, aber bei weitem nicht neutralisiert werden, zumal nach 2030 die geburtenstärksten Jahrgänge in Rente gehen.

Dieses gewaltige Auseinanderklaffen der Einnahmen und Ausgaben kann man an der im Rentenversicherungsbericht 2019 dargestellten künftigen Entwicklung der "Nachhaltigkeitsrücklage" der Rentenversicherung gut nachvollziehen: Sie fällt von rund 40 Mrd. Euro am Jahresende 2020 auf knapp 7 Mrd. Euro am Jahresende 2030, obwohl der Bundeszuschuss bis dahin auf 111 Mrd. Euro angewachsen sein wird und vorausgesetzt wird, dass die Rentenbeiträge ab 2025 von heute 18,6 Prozent auf 22 Prozent steigen.

Von einer Nachhaltigkeitsrücklage kann gar keine Rede mehr sein, denn selbst die aktuelle Rücklage reicht nur für 1,75 Monatsausgaben. Wer davon spricht, dass die Rentenkasse voll ist, schließt die Augen vor der absehbaren Entwicklung und macht sich und anderen etwas vor.

Die Politik hat trotz dieser für jeden erkennbaren Entwicklung neue Leistungen wie die Rente mit 63 und die Mütterrente draufgesattelt. Hinzu kommt, dass gesetzlich festgelegt worden ist, dass die Renten nicht sinken dürfen, selbst wenn die Löhne sinken. Das Ganze wird durch sogenannte "Haltelinien" bei den Beiträgen gesetzlich (wohlgemerkt nur bis 2025!) garantiert. Schon diese Befristung verdeutlicht, dass es danach nicht so weitergehen kann.

Einer vernünftigen Lösung wird in der politischen Diskussion - wissentlich oder unwissentlich - ein Schreckgespenst in den Weg gestellt: Die Behauptung vom "sinkenden Rentenniveau". Es ist schlicht falsch, damit eine Senkung der Renten zu implizieren: Selbst bei sinkendem Rentenniveau steigen die Renten, nur steigen

sie langsamer als die Löhne. Das aber ist das Ergebnis der sog. "Rentenformel", die Grundlage der Rentenberechnung ist.

Die von der Bundesregierung berufene Rentenkommission hat (leider) in diesem Jahr nach zähen Verhandlungen kein tragbares Ergebnis gebracht. Man hat sich nicht einmal auf die in anderen Ländern längst eingeführte Koppelung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung einigen können. Genau das aber wäre eine der möglichen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Einnahmen bei gleichzeitiger Senkung der Ausgaben bewirken könnte. Die große Mehrheit der Personen, die 65 Jahre alt sind, sind besser ausgebildet und gesünder als je zuvor. Sie könnten weiter arbeiten und damit ihre gesellschaftliche Teilhabe realisieren. Rund 15 Prozent tun es auch heute schon. Aber unverständlicher Weise wird gezauert, dies zu einer verbindlichen Regelung zu machen. Immerhin hat man den Übergang vom Arbeitsleben in die Rente etwas flexibilisiert, aber bei weitem nicht genug, um eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen. Es gibt viel zu tun!

Loring Sittler. Berater und Vortragsredner, 2008 bis 2016 Leiter des Generali Zukunftsfonds

24. Kreisdelegiertenversammlung der CDU Senioren-Union

Politischer Schwerpunkt im politischen Teil der Kreis-Delegierten-Versammlung der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises am 13. Oktober 2020 in Sankt Augustin war das Thema "Der demografische Wandel: Gewissheiten, Aufgaben, Möglichkeiten, Grenzen". Gastredner Loring Sittler, Leiter des Generali Zukunftsfonds a.D. forderte dazu auf, ein differenziertes Bild der älteren Generation zu entwickeln. Vor allem käme es darauf an, von der längst überkommenen Sicht der Älteren als gebrechlich und hilfsbedürftig wegzukommen, und das Potential der älteren Generation für einen sinnerfüllten, aktiven und produktiven dritten Lebensabschnitt zu entdecken und gesellschaftlich, auch und gerade in der Politik, zu nutzen.



Prof. Dr. Rolf D. Cremer (links) und Loring Sittler (rechts) bei der Kreisdelegiertenversammlung im Ratssaal Sankt Augustin

In einem mit Fakten gespickten Vortrag hob er faszinierende Erkenntnisse zum ehrenamtlichen Engagement

und zur Kinderbetreuung hervor: Die Leistung der Älteren entspricht der Arbeit von zweieinhalb Millionen Vollzeitbeschäftigten in diesen beiden Bereichen - fünf Mal so viel, wie es Lehrer an Schulen aller Art gibt! Er wies auch auf das Fehlen eines Gruppenegoismus bei den Alten hin. „ Es ist das Interesse der Älteren die soziale Ungleichheit innerhalb ihrer Generation zu verringern und sich für nachfolgende Generationen zu engagieren.“ Aus den Fakten wird deutlich, dass die jüngeren Generationen ohne das Engagement der Alten nicht auskommen.

"Das Bild der Älteren in der Gesellschaft stammt aus der Zeit unserer Großeltern," kommentierte der Kreisvorsitzende, Professor Rolf Cremer. "Die Gesellschaft muss Konsequenzen daraus ziehen, wie gesund und leistungsfähig die ältere Generation insgesamt heute ist. Die Älteren sind als "Gemeinwohlproduzenten" eine der großen Kraftquellen einer freien, demokratischen Gesellschaft. Die CDU Senioren-Union ist Vorreiter in Deutschland für Aktivität, Teilhabe und Mitwirkung der Älteren in der Politik und ein Miteinander der Generationen."

Die Delegierten forderten dazu auf, die Erkenntnisse aus der Natur und den Folgen des demografischen Wandels zur Basis der weiteren Arbeit der Senioren-Union zu machen.

Im zweiten Teil der Versammlung wurden notwendige Satzungsänderungen verabschiedet. Leonard Müller aus Meckenheim wurde zu einem der beiden Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Dr. Rolf D. Cremer, Vorsitzender der Senioren Union Rhein Sieg

Die Frauenquote in der CDU. Eine ganz persönliche Betrachtung

Wieder in der Diskussion: Die Frauenquote in der CDU „Und sie bewegt sich doch...“ könnte man angesichts der Vorschläge zur Frauenquote in der CDU ausrufen. Mit Freude und auch Genugtuung habe ich gelesen, dass die 2019 vom CDU-Bundesvorstand eingesetzte Struktur- und Satzungskommission vorschlägt, auf dem nächsten Parteitag der CDU die Frauenquote verbindlich im Programm der CDU zu verankern.



Dr. Bärbel Steinkemper, Bürgermeisterin a.D.

Die Kernpunkte des Vorschlages:

- Bis 2025 soll in 3 Schritten die Quote der Frauen in Parteiämtern ab der Kreisebene aufwärts auf 50 Prozent gesteigert werden.

- Bei der Aufstellung der Listen für die Wahlen zum Europaparlament, zum Bundestag und zu den Landtagen soll bis 2025 ebenfalls in 3 Schritten 50 Prozent Kandidatinnen unter den ersten 10 Listenplätzen vorgeschlagen werden. Dabei soll unter 3 aufeinander folgenden Listenplätzen mindestens 1 Frau sein.

- Bei Delegiertenwahlen gilt künftig eine dynamische Quote, abhängig vom Anteil der weiblichen Mitglieder.

Das ist mehr als das heute noch geltende Quorum bislang zu erreichen vermochte. Und vor allem: Es soll das „leere Stuhl“-Prinzip eingeführt werden. Das bedeutet, dass für den Fall, dass auch im dritten Wahlgang die Quote nicht erfüllt wird, der entsprechende Platz frei bleibt.

Es sieht so aus, als wolle die Partei Ernst machen mit dem Credo, das sie seit Jahren wie ein Banner vor sich her trägt: Die stärkere Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen ist auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens von essentieller Bedeutung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Fast 40 Jahre lang hat mich diese Diskussion bei meinen diversen Funktionen in der Politik und insbesondere in der Frauen-Union begleitet. Als Vorsitzende der örtlichen Frauen-Union, als stellvertretende Landesvorsitzende der FU NRW, als Mitglied des FU-Bundesvorstandes und als Vizepräsidentin der Europäischen Frauen-Union – um nur einige Funktionen zu nennen –, habe ich die immer gleichen Argumente für und gegen die Quote gehört. Und oft neidisch auf die gesetzlichen Regelungen anderer Länder geschaut. Geändert hat sich in diesen Jahrzehnten wenig bis nichts. Noch immer sind nur 22 Prozent der CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag Frauen. Und von den 19 Bürgermeistern im Rhein-Sieg-Kreis sind aktuell nur 3 Frauen, davon gehört nur 1 der CDU an.

Sicher: Wir haben eine Bundeskanzlerin und eine Europa-Kommissarin, wir haben 2 Ministerpräsidentinnen (leider derzeit keine von der CDU) und natürlich Ministerinnen. Das sind wichtige Leitfiguren, die Meilensteine setzen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Führungspositionen in der Gesellschaft. Aber sie sind in der Regel auch Einzelkämpferinnen, die allein schon aufgrund ihrer arbeitsbedingten Belastungen kaum in der Lage sind, die Aufgabe als Stoßtrupp für mehr Frauen in Ämtern und Mandaten auch noch zu erfüllen.

Warum mir das so wichtig ist? Nicht nur, weil Frauen rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und daher einen natürlichen Anspruch auf paritätische Beteiligung an Entscheidungen haben. Viel wichtiger ist, dass die Lebenserfahrung von Frauen, ihr Blick auf die Lebenswirklichkeit und ihre Prioritätensetzung in stärkerem Maße eingehen muss in die Entscheidungen für die Gesellschaft, als das bisher der Fall ist.

Der Weg in politische und gesellschaftliche Entscheidungspositionen geht nun einmal über die Parteien –

ausgenommen vielleicht kommunale Ämter und Mandate. Es ist Aufgabe der Parteien, dafür Sorge zu tragen, dass ihr Angebot an die Delegiertenversammlungen der Partei und an die Wähler Frauen ihrem Anteil an der Gesellschaft gemäß präsentiert und so absichert, dass sie eine reelle Chance haben, um in den politischen und parlamentarischen Gremien vertreten zu sein.

Denn die wirklichen Hürden für Frauen liegen vor der Nominierung für ein Amt oder ein Mandat. Sie beginnen schon damit, dass in den Parteiversammlungen Frauen häufig nicht über den wichtigen, weil „bemerkbaren“ Anteil von mindestens einem Drittel verfügen, um ihren Stimmen ausreichend Gewicht zu verleihen und als Machtfaktor gesehen zu werden. Einmal im Amt werden ihre Kompetenz und ihre Autorität als Entscheiderin nach meinen Erfahrungen in der Regel nicht mehr in Frage gestellt (Es gibt Ausnahmen, vor allem in der Bundespartei). Es ist also richtig und wichtig, wenn die CDU jetzt endlich Schritte unternimmt, um die Vertretung von Frauen in den Entscheidungsgremien der Partei verbindlich zu steigern.

Ich verbinde damit die Hoffnung, dass sich die Frauen dieses Mal nicht selbst im Weg stehen! In den Jahrzehnten meiner politischen Tätigkeit und meiner Auseinandersetzung mit diesem Thema hat mich vor allem eins immer aufgeregt, nämlich das Argument von Frauen, die gegen die Quote waren: „Ich will nicht aufgrund der Tatsache gewählt werden, dass ich eine Frau bin, sondern aufgrund meiner Kompetenz.“ Als wenn das ein Widerspruch wäre. Qualifikation und Geschlechtermerkmal sind keine Gegensätze, zwischen denen man sich entscheiden muss. Qualität und Kompetenz ist wie bei Männern einfach vorauszusetzen, wenn sich jemand auf eine Position bewirbt oder dafür vorgeschlagen wird.

Gerade die CDU hat wie keine andere Partei von jeher der Quote eine zentrale Rolle in ihren Auswahlverfahren zugemessen. Positionen wurden auch an Männer nach klaren Quotenregeln vergeben. Oder wie anders ist die Beachtung der „richtigen“ Mischung aus Rheinländern und Westfalen, aus Katholiken und Protestanten, Arbeitnehmern und Mittelstandsvertretern usw. zu verstehen. Ich habe nie erlebt, dass einer von ihnen argumentiert hätte, dass er eben nicht als Arbeitnehmer, als Wirtschaftsvertreter oder auch als regionaler Vertreter gewählt werden wolle. Ganz im Gegenteil: Sie haben mit Selbstbewusstsein ihren Anspruch als Vertreter einer Gruppe verteidigt, deren Beteiligung an der Entscheidungsfindung wichtig und angemessen ist. Auch Frauen sollten diesen Anspruch und dieses Selbstbewusstsein endlich klar betonen. Sie sollten Wert darauf legen, als Frau gewählt zu werden, gleichgültig ob sie sich um einen Vorsitz auf Parteiebene oder das Bundstagsmandat bewerben, weil sie nämlich wissen, dass sie Funktionen und Gremien eine neue Qualität verleihen können.

Natürlich ist es schwierig, die bisherigen männerdominierten Seilschaften und Netzwerke aufzubrechen und angestammte „Plätze“ einer neuen Bewertung zu unterziehen. Aber es lohnt sich. Die CDU könnte moderner, ansprechender und anziehender werden.

Dr. Bärbel Steinkemper, Bürgermeisterin a.D.

Die Welt unter Corona-Bedingungen - ein Rückblick auf 2020

In einem Rückblick am Ende eines Jahres beginnt man immer gerne mit dem Erfreulichen. Doch Corona hat die Welt in vielen Bereichen verändert! Der tägliche Handlungsspielraum wurde teilweise stark eingeschränkt. Kitas und Schulen wurden geschlossen und dann auch wieder geöffnet. Die Generationen, insbesondere die Älteren, waren häufig von den jüngeren Mitgliedern der Familie getrennt. Treffen mit Geschäftspartnern und Kollegen war oft nur über die Medien möglich. Home Office ist gefragt oder notwendig. Die Maskenpflicht erschwert generell die Kommunikation.

Und die Wirtschaft in Deutschland insgesamt? Sie hat sich im Rahmen des Möglichen bisher wacker geschlagen. Durch Kurzarbeit und staatlichen Hilfen, allerdings zum Teil mit schleppenden Auszahlungen, wurden viele Arbeitsplätze erhalten. Insgesamt ist der Überlebenskampf für viele Unternehmen und Selbstständige noch lange nicht beendet.



Leonhard Müller, Stellvertretender Vorsitzender der Senioren-Union Rhein-Sieg

Die wirtschaftliche Entwicklung wird in Europa sowohl in der Veränderung des realen BIPs als auch in den Haushaltsdefiziten weiter auseinanderdriften. Für Deutschland sind Änderungen des realen Bruttoinlandsproduktes wie folgt zu erwarten: für 2020 ein Minus von 5,6 %, für 2021 ein Plus von 3,5 % und für 2022 nochmals 2,6 %, sodass danach die Wirtschaftskraft des Jahres 2019 wieder erreicht wäre.

Entscheidend wird auch der erfolgreiche Einsatz der Impfdosen innerhalb der EU, verteilt nach Bevölkerungszahl, sein. Der „Pikser“ könnte ein Aufatmen für die ganze Menschheit erbringen. Hier sei auch allen im medizinischen Bereich Tätigen gedankt, die eine heroische Leistung erbringen!

Unsere Regierung hat sich, eingeschränkt durch Corona und viele sonstige große Herausforderungen, mit Geschick auf dem internationalen Parkett bewegt. Um weltpolitisch weiterhin erfolgreich zu agieren, muss Europa jedoch als Ganzes sein Gewicht in die Waagschale legen, sonst überlässt es selbsternannten Machern noch mehr Gestaltungsraum für oft fragwürdiges Handeln.

Jetzt zu unserem großen Nachbarn auf der anderen Seite des Atlantiks: Es ist vollbracht - oder doch noch nicht ganz? In der Hoffnung auf das Ende der Peinlichkeiten und die schnelle Heilung der amerikanischen Wunden erwarten wir den Auftritt eines Präsidenten, der partnerschaftlicher Problemlöser in der Führung einer Weltmacht ist. Allerdings hat China das Machtvakuum bereits genutzt und mit RCEP ein riesiges Freihandelsabkommen unter seiner Führung geschaffen. Soziale und ökologische Komponenten, die das von Trump abgelehnte Trans-Pazifik-Abkommen TPP zumindest rudimentär beinhaltet hätte, fehlen dort völlig – ein Debakel für die „alte Welt“.

Nach einem besinnlichen Weihnachtsfest und einem harmonischen Jahresausklang, warten wir hoffnungsvoll auf das neue Jahr -mit Gesundheit und Erfolg!

Leonhard Müller, stellv. Vorsitzender der Senioren Union Rhein Sieg

Leistungen der Pflegeversicherung

Für eine coronabedingt begrenzte Anzahl von Mitgliedern bot die Senioren-Union Niederkassel eine Informationsveranstaltung im Restaurant „Zur Alten Post“ in Rheidt an, unter dem Motto „Leistungen der Pflegeversicherung und deren Einsatzmöglichkeiten“ sowie „Ersatzleistungen – Angebote zur Unterstützung im Alltag“.

Die beiden sehr kompetenten Vortragenden Beate Hupperich-Bannick und Cornelia Timmers von der Firma ‚Rahm Zentrum für Gesundheit GmbH‘ aus Troisdorf referierten engagiert und ausführlich den Anwesenden zum Thema.

Zur Beantragung und zu den Pflegeleistungen sollte man sich bei Bedarf professionell beraten lassen, da bei den meisten Menschen der überwiegende Wunsch der Betroffenen die häusliche Pflege in vertrauter Umgebung ist.

Viele Pflegedienste neben der Firma Rahm bieten diese Pflege im häuslichen Umfeld an. Um diesem Wunsch zu entsprechen empfiehlt es sich, eine Patientenverfügung oder Betreuungsvollmacht zu erstellen, in der festgelegt ist, dass im Fall einer Pflegebedürftigkeit diese zu Hause erfolgen soll. Die Pflegedienste beraten auch bei der Pflegegrad-Beantragung und unterstützen bei der Antragstellung bei Krankenkasse, Pflegekasse oder Medizinischem Dienst der Krankenkassen (MDK). Je nach Schwere der Erkrankung stellt der MDK bei einem Hausbesuch den Pflegegrad 1 – 5 der betroffenen Person fest.

Entsprechend des festgestellten Pflegegrades gibt es für die erforderlichen Leistungen (Pflegeleistungen,

Pflegegeld, Tagespflege) unterschiedlich hohe Geldbeträge, die je nach Art der Pflegebetreuung direkt an die beauftragte Pflegekraft oder Pflegefirma auf Nachweis ausbezahlt wird. Dabei ist zu beachten, dass die Pflegeleistungen termingebunden abgerufen werden müssen, da nicht in Anspruch genommene Zahlungen sonst verfallen.

Verhinderungspflege (Pflegegrad 2 – 5) durch Verwandte 1. und 2. Grades ist nicht möglich. Durch Freunde, Fremde oder eine Pflegeeinrichtung ist sie möglich, muss aber vertraglich geregelt sein.

Kurzzeitpflege (Pflegegrad 2 – 5) ist nur möglich bei einer dafür zugelassenen Einrichtung, wie z. B. Altenheim, AWO oder Deutsches Rotes Kreuz.

Tagespflege ist wichtig zur Kontaktpflege für z. B. alleinstehende Personen, damit sie nicht vereinsamen. Sie ist ohne Anrechnung auf Pflegegeld oder Sachleistungen möglich und wird je nach Pflegegrad (2 – 5) unterschiedlich hoch erstattet.

Weitere Leistungen der Pflegekassen sind beispielsweise der für akute Notfälle wie Sturz, Verletzungen etc. wichtige Hausnotruf und nötige Wohnumbau-Maßnahmen (Bad-Umbau, Türen-Veränderung usw.).

Diese müssen jedoch vor Beginn der Arbeiten bei der Pflegekasse unter Vorlage von mindestens 2 Kostenvoranschlägen beantragt werden.

Zum späteren Nachlesen zuhause wurde den Anwesenden eine Mappe mit wichtigen Informationen nach der Informationsveranstaltung überreicht.

Volker Hoffmann, Senioren-Union Niederkassel

Senioren-Union Alfter besucht Haus der Alfterer Geschichte

Bei kühlem Oktoberwetter besuchte die Senioren-Union Alfter (Vorsitzende Frau Brigitte Schächter) das Haus der Alfterer Geschichte – ein Regionalmuseum der besonderen Art.



Senioren-Union Alfter im Haus der Alfterer Geschichte

Von der Vorsitzenden des örtlichen Fördervereins, Frau Dr. Bärbel Steinkemper, und von Herrn Dr. Hans Günter Steinkemper wurden die Besucher begrüßt.

In zwei Gruppen wurden dann die baulichen Gegebenheiten im großen Garten des ehemaligen St. Anna-Klosters mit den dort gelagerten historischen Materialien

sowie landwirtschaftlichen und handwerklichen Gerätschaften erläutert und besichtigt.

Der zweite Teil der Führung umfasste die neue Ausstellung „Zeitinseln: Steinzeit – Kelten – Mittelalter – Bäuerliches Leben“ im Haus der Alfterer Geschichte besichtigt. Umfangreiches Material an historischen Funden und Relikten, Modellen, Dokumenten sowie schriftlichen Erläuterung gab eine gute Übersicht über die vorgestellten Zeitinseln. Zudem wurden immer wieder Bezüge zur Region und zu dem Ort Alfter hergestellt, so dass die Geschichte leichter fassbar wurde. Zur weiteren Vertiefung des Inhaltes der Ausstellung ist ein zweiter Besuch sehr ratsam.

Dr. Klaus Trenkle, Senioren-Union Alfter

Senioren-Union Alfter besucht Ausstellung im Alfterer Schloss

An einem sonnigen Oktobernachmittag besuchte, unter Leitung von Frau Brigitte Schächter, die Senioren-Union Alfter eine besondere Kunstausstellung im Schloss von Alfter. Gezeigt werden dabei Abschlussarbeiten des Fachbereichs „Bildende Kunst“ – Malerei, Bildhauerei, Installationen und Fotografie – der Alanus Hochschule Alfter. Bei Beachtung strenger Corona-Schutzmaßnahmen konnten - eingeteilt in zwei Gruppen - etwa 50 der ausgestellten Abschlussarbeiten in den verschiedenen Räumen der 3 Etagen des Schlosses betrachten und bewundern werden.



Kunstausstellung im Schloss von Alfter

Die Führungen hierzu wurden von Herrn Professor Orosz von der Hochschule und von einigen jungen Künstlerinnen sehr kompetent geleitet. Dabei wurden auch die Arbeiten erläutert.

Zudem gab es zahlreiche Gelegenheiten, sich über die einzelnen Kunstwerke und deren Entstehung und Deutung zu informieren.

Dr. Klaus Trenkle, Senioren-Union Alfter

Impressum

Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion : U. Koch, Rolf D. Cremer, A. Eichendorf, H, Moos-Müller. Beiträge an Dr. Uwe Koch, E-Mail: koch.neunkirchen@gmx.de

V.i.S.P.: Rolf D. Cremer

Trauer um langjährige Vorstandsmitglieder

Der Kreisvorstand der Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg trauert um hoch geschätzte Mitglieder

Peter Lülsdorf, Niederkassel

Mitglied des Kreisvorstands von 2003 – 2011
verstorben im August 2020 im Alter von
90 Jahren

Hans-Jürgen Vetterick, Niederkassel

Mitglied des Kreisvorstands von 2004 – 2007
und von 2019 – 2020
verstorben im September 2020 im Alter vom
71 Jahren

Dr. Friedhelm Baisch, Neunkirchen-Seelscheid

Mitglied des Kreisvorstands von 2015 – 2020
verstorben im November 2020 im Alter von
72 Jahren

Die Verstorbenen haben sich ehrenamtlich
für die politische Arbeit in ihren Kommunen
und im Rhein-Sieg Kreis verdienstvoll
eingesetzt.

Für den Kreisvorstand

Prof. Dr. Rolf D. Cremer
Vorsitzender der Senioren Union Rhein Sieg